

Germany-Freiberg: Architectural and related services
OJ S 32/2020 14/02/2020
Contract notice
Services

Legal Basis:
Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadtverwaltung Freiberg – Dezernat Stadtentwicklung und Bauwesen –
Hochbau- und Liegenschaftsamt
Postal address: Obermarkt 24
Town: Freiberg
NUTS code: DED43 Mittelsachsen
Postal code: 09599
Country: Germany
E-mail: Hochbau_Liegenschaften@Freiberg.de
Telephone: +49 493731273-411
Fax: +49 49373127373136
Internet address(es):
Main address: www.freiberg.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe.de/unterlagen/2209258/zustellweg-auswaehlen>
Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe.de>
Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address
Additional information can be obtained from another address:
Official name: Schubert Horst Architekten Partnerschaftsgesellschaft mbB
Postal address: Antonstraße 16
Town: Dresden
NUTS code: DED21 Dresden, Kreisfreie Stadt
Postal code: 01097
Country: Germany
E-mail: landschaft@schubert-horst.de
Telephone: +49 49351889228-0
Fax: +49 4935188922824
Internet address(es):
Main address: www.schubert-horst.de

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Sanierung Bahnhofsgebäude Freiberg, Objektplanung Gebäude
Reference number: 2020 / 2294 / OPLG

II.1.2. Main CPV code

71200000 Architectural and related services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Der Bahnhof zu Freiberg wurde am 11.8.1862 mit der Eröffnung der ersten Eisenbahnverbindung nach Tharandt eingeweiht. Das Bahnhofsgebäude wurde ursprünglich im Stil der englischen Tudorgotik errichtet.

Die Stadt Freiberg beabsichtigt den Umbau und die Sanierung des Empfangsgebäudes unter Beachtung eines neu zu entwickelnden Nutzungskonzeptes.

Es besteht die Absicht, dieses gemeinsam mit den Bürgern der Stadt Freiberg im Rahmen eines im 1. Halbjahr 2020 stattfindenden Bürgerdialogs bzw. einer Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Das Erdgeschoss ist für verschiedene, öffentliche Nutzungen vorgesehen, in den Obergeschossen können unterschiedliche gewerbliche Nutzungen integriert werden. Im Rahmen der Gebäudeplanung ist unter Beachtung brandschutztechnischer Belange und der verschiedenen Nutzeranforderungen auch ein neues Erschließungskonzept zu entwickeln. Das Bahnhofsgebäude steht unter Denkmalschutz. Aus denkmalpflegerischer Sicht sind bereits wesentliche Sanierungsprämissen formuliert.

Die Sanierung des Bahnhofs ist in mehreren Bauabschnitten vorgesehen. Aufgrund der erheblichen Schädigung wird der Dachstuhl des Mittelrisalits bereits als vorgezogene Maßnahme durchgeführt.

Das Gebiet um den Freiburger Bahnhof liegt bauplanungsrechtlich im unbeplanten Innenbereich entsprechend § 34 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) und kann einem Mischgebiet entsprechend § 6 Baunutzungsverordnung (BauNVO) zugeordnet werden. Die Sanierung/Umnutzung des denkmalgeschützten Bahnhofsgebäudes und die Aufwertung des Umfeldes ist Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes „Bahnhofsvorstadt“ und in der Maßnahmenliste des SSP-Gebietes (Förderprogramm Soziale Stadt) enthalten. Seitens des Landesamtes für Denkmalpflege wird eine Förderung über das Denkmalschutz-Sonderprogramm für eine Rekonstruktion der originalen Putzstruktur einschließlich weiterer gliedernder Elemente und damit des diesbezüglich entstehenden denkmalbedingten Mehraufwandes ausdrücklich befürwortet.

Gemäß Bauzustandsgutachten und Ermittlung des Sanierungsbedarfs des Empfangsgebäudes werden die Umbau- und Sanierungskosten der KG 300+400 brutto auf 13,5 Mio EUR geschätzt.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 15 100 000,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

II.2.4. Description of the procurement

Der Auftraggeber beabsichtigt folgende Planungsleistungen zu vergeben: Objektplanung Gebäude gem. HOAI 2013, §34, LPH 1-9 für die Planung der Sanierung und des Umbaus des Bahnhofsgebäudes in Freiberg.

Es ist vorgesehen, folgende besondere Leistungen zu vergeben:

- Prüfen und Werten von Nebenangeboten,
- Prüfen und Werten von bauwirtschaftlich begründeten Nachtragsangeboten,
- Anzeigen von Mängeln und Überwachen von Mangelbeseitigung innerhalb der Gewährleistungsfrist bei den Gewerken, bei denen der AN die Ausführung überwacht hat,
- Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Gewährung von Fördermitteln.

Mitwirken bei der Erstellung von Fördermittelanträgen

Abstimmen mit Fördermittelgebern

Mitwirken bei der Erstellung des Verwendungsnachweises von Fördermitteln

Erstellen und Überwachen von differenzierten Kostenplänen

- Beratungsleistungen Bauphysik.

Grundleistungen gemäß Punkt 1.2 Anlage 1 HOAI 2013 einschl. notwendiger

Bestandsaufnahmen

Wärmeschutz und Energiebilanzierung

Bauakustik (Schallschutz)

Raumakustik

Die Beauftragung erfolgt stufenweise unterteilt nach einzelnen Leistungsphasen. Vorgesehen ist zunächst die Beauftragung der Leistungsphasen 1-4. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller vorgesehenen Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Vorstellung des Projektteams und des Projektleiters / Weighting: 20 %

Quality criterion - Name: Projektmanagement / Weighting: 10 %

Quality criterion - Name: Kurze Analyse der Projektaufgabe sowie Darstellung der ersten Schritte im Auftragsfall / Weighting: 20 %

Quality criterion - Name: Stegreifaufgabe / Weighting: 30 %

Quality criterion - Name: Präsentation/ Gesamteindruck / Weighting: 10 %

Cost criterion - Name: Honorarangebot / Weighting: 10 %

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 1 166 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/06/2020 End: 30/09/2023

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Eine Verlängerung kann sich bei unvorhersehbaren Störungen im Bau- und Terminablauf ergeben. Die stufenweise Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Förderung des Bauvorhabens und unter dem Vorbehalt, dass der Auftragnehmer die Gewähr für eine sachgerechte, qualitätsvolle und termingerechte Leistungserfüllung bietet.

II.2.9.

Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Der Auftraggeber (AG) wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (TA) anhand d. in d.

Bekanntmachung benannten Nachweise u. Erklärungen formal u. inhaltlich prüfen u. bewerten.

Die Auswahl erfolgt unter d. formal zulässigen TA (Nachweis der Erfüllung der geforderten Mindeststandards) anhand einer Bewertungsmatrix, die Kriterien werden folgend bewertet:

Vergabe von 0- max. 3 Punkten (Pkt.) pro Kriterium, die Punktzahl pro Kriterium wird

gewichtet. Die Rangfolge richtet sich nach den erreichten gewichteten Punktzahlen. Maximal werden die 5 Bewerber mit der höchsten Punktzahl zur Verhandlung geladen. Die Rangfolge richtet sich nach erreichter Gesamtpunktzahl von 300. Wird die Anzahl durch Bewerber/innen mit gleicher Punktzahl überschritten, entscheidet unter diesen das Los.

Formale Prüfung der Mindeststandards:

- 1) fristgerechter Eingang;
- 2) vollständige Bewerbungsunterlagen;
- 3) Einreichung des TA elektronisch über die Vergabeplattform;
- 4) Abschlusserklärungen in Textform unterschrieben;
- 5) Bestätigung d. Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen gem. § 73 (3) VgV;
- 6) Angabe zur Art der Bewerbung;
- 7) bei Bewerbergemeinschaften (BG): Geforderte Nachweise von allen Mitgliedern u. Erklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung;
- 8) Angaben zu Unterauftragnehmern gem. § 36 VgV, Verpflichtungserklärung der Unterauftragnehmer ist beizufügen;
- 9) Angaben zu Inanspruchnahme von Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) gem. § 47 (1) VgV, Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen ist beizufügen;
- 10) Bestätigung des Nichtvorliegens von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen nach §§ 123 u. 124 GWB;
- 11) Nachweis über Befähigung zur Berufsausübung durch Eintrag in ein Berufsregister gem. § 44 (1) (Bauvorlageberechtigung);
- 12) Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung gem. Pkt. III.1.2);
- 13) Nichtvorliegen einer Mehrfachbewerbung;
- 14) Nachweis der Mindestreferenzen 1 und 2 gem. Pkt. III.1.3);
- 15) Vorgesehene Projektleitung: Angabe Name und Nachweis der beruflichen Qualifizierung.

Auswahlkriterien und deren Wichtung:

Technische u. berufliche Leistungsfähigkeit; (Anforderungen der Referenzen gem. Pkt. III.1.3), Gesamtwichtung 100 %, davon:

- 1.1) Referenz 1, Mindestreferenz: Wichtung 20 % davon;
 - 1.1.1) Bauwerkskosten (KG 300 + 400): Wichtung 10 %;
 - 1.1.2) Erbrachte Leistungsphasen: 10 %;
 - 1.2) Referenz 2, Mindestreferenz zum Nachweis der Erfahrung mit der Verwendung von Fördermitteln: Wichtung 20 %;
 - 1.3) Referenz 3, optionale Referenz zum Nachweis der Erfahrung mit denkmalgeschützter Substanz: Wichtung 30 %;
 - 1.4) Referenz 4, optionale Referenz zum Nachweis der Erfahrung mit Bauvorhaben mit unterschiedlichen Nutzungs- und Funktionsbereichen, Wichtung 10 %;
 - 1.5) Referenz 5, optionale Referenz: persönliche Referenz des Projektleiters, Wichtung 20 %;
- Die detaillierte Punktbewertung ist dem beigefügten Dokument Anlage I.1_Bewertungsmatrix Stufe 1 zu entnehmen.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungsphasen (LPH): Mit Abschluss des Verhandlungsverfahrens werden vertraglich die LPH 1- 4 für die Objektplanung Gebäude und Innenräume nach § 34 HOAI 2013 vergeben. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller LPH besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster LPH. Die stufenweise Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Förderung des Bauvorhabens und unter dem Vorbehalt, dass der Auftragnehmer die Gewähr für eine sachgerechte, qualitätsvolle und termingerechte Leistungserfüllung bietet.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Werden die erforderlichen Unterlagen ohne Registrierung kostenfrei durch die Bewerber heruntergeladen, erfolgt keine automatische Benachrichtigung über mögliche Änderungen zur Vergabe. Es ist dann notwendig, regelmäßig eigenständig nach neuen Informationen zu schauen. Bei erfolgter Registrierung auf www.evergabe.de kann Vorgenanntes entfallen.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Teilnahmeantrag/Formblatt zur Eigenerklärung erhältlich unter: <http://www.evergabe.de/unterlagen>.

Der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag = Formular zur Eigenerklärung ist fristgerecht elektronisch einzureichen. Per Post, per E-Mail, per Fax oder über die Nachrichtenfunktion der Vergabepattform eingereichte TA werden nicht berücksichtigt.

Mitglieder von Bewerbergemeinschaften (BG) haben grundsätzlich alle Erklärungen /Nachweise für jedes Mitglied abzugeben. Der Teil IV Abschnitt C der Eigenerklärung (Angaben zu den Referenzen) kann gemeinsam ausgefüllt werden.

Geforderte Angaben in Teil II des Formulars:

A) Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer:

1) Angaben zur Identität:

Firmenbezeichnung, Postanschrift, Kontaktperson(en), Kontaktdaten, Zweigstellen, Niederlassungen;

2) Allgemeine Angaben:

Handelt es sich bei dem Wirtschaftsteilnehmer um ein Kleinunternehmen, kleines, mittleres oder großes Unternehmen (bei BG: Angaben zur Einordnung des jeweiligen Unternehmens für alle Mitglieder); Rechtsform gem. § 43 (1) VgV 2016;

3) Bestätigung d. Wirtschaftsteilnehmers gem. § 73 (3) VgV 2016, d. dessen Leistungen unabhängig von Ausführungs- u. Lieferinteressen erbracht werden;

4) Art der Bewerbung:

Angabe, ob Bewerbung Einzel- oder Gemeinschaftsbewerbung ist (bei BG gem. § 43 (2) VgV 2016 ist Formular für Eigenerklärung von jedem Mitglied separat vorzulegen, unter

- a) Angabe Funktion Wirtschaftsteilnehmer in Gruppe;
- b) Angabe, welche weiteren Wirtschaftsteilnehmer am Vergabeverfahren teilnehmen;
- c) ggf. Bezeichnung teilnehmender Gruppe);

Außerdem bei BG: Erklärung über gesamtschuldnerische Haftung u. bevollmächtigten Vertreter als Anlage (Formblatt) beifügen.

B) Angaben zu Vertretern des Wirtschaftsteilnehmers:

Angaben zum Vertretungsberechtigten (falls zutreffend) mit vollständigem Namen, Position /beauftragt in seiner/

Ihrer Eigenschaft; Postanschrift, Kontaktdaten sowie weitere Informationen zur Vertretungsberechtigung (Form, Umfang etc.).

C) Angaben, ob ein Teil des Auftrages gem. § 36 VgV 2016 an Dritte weitergegeben werden soll und Benennen dieser Unternehmen. Verpflichtungserklärung ist vorzulegen (Formblatt als Anhang 3 der Eigenerklärung).

D) Angaben zur Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen gem. § 47 (1) VgV 2016 (Eignungsleihe): Falls ja, ist für jedes dieser Unternehmen ein separates – vom jeweiligen Unternehmen ordnungsgemäß ausgefülltes Formular zur Eigenerklärung mit erforderlichen Informationen der unter III.1.1) A und B sowie eine Eigenerklärung zu Ausschlussgründen vorzulegen sowie die Verpflichtungserklärung der Unternehmen als Anlage der Eigenerklärung (Formblatt).

Geforderte Angaben in Teil III mit Eigenerklärung zu Ausschlussgründen:

A: im Zusammenhang mit strafrechtlicher Verurteilung gem. § 123 (1) GWB (zwingende Ausschlussgründe)

B: im Zusammenhang mit Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen gem. § 123 (4) GWB

C: im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten o. beruflichem Fehlverhalten gem. § 124 (1) GWB (fakultative Ausschlussgründe).

Geforderte Angaben in Teil IV Eignungskriterien:

A: Befähigung zur Berufsausübung durch Eintrag in ein Berufs- oder Handelsregister gemäß § 44 (1) i. V. m. § 46 (3) Nr. 6 VgV 2016 (Ausschlusskriterium). Angabe Name des Bewerbers bzw. der verantwortlichen Führungskraft sowie fachliche Eignung durch Eintrag z. B. in Architektenkammer oder Eintragung in Liste bauvorlageberechtigter Ingenieure bei Ingenieurkammer erforderlich. Kopie des Kammereintrags bzw. Nachweis über Bauvorlageberechtigung ist als Anlage beizufügen.

Bei juristischen Personen ist eine Kopie des aktuellen Handels-/Partnerschaftsregistrauszugs beizufügen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Angaben zur Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 (1) Nr. 3 VgV:

Name des Versicherers; Deckungssumme Personenschäden; Deckungssumme Sonstige Schäden; Maximierung im Schadenfall; belegt durch Kopie als Anlage;

Minimum level(s) of standards possibly required:

1) Deckungssummen in Höhe von mind. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden, mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden mit einer mind. zweifachen Maximierung;

2) Werden die geforderten Deckungssummen in Höhe von mind. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden, mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden und die geforderte zweifache Maximierung nicht erreicht, so ist eine Erklärung des Versicherers beizufügen, dass 1. die

Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall angepasst werden oder 2. im Auftragsfall eine objektbezogene Versicherung abgeschlossen wird (Ausschlusskriterium). Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Für Nachunternehmer mit Eignungsleihe nach § 47 VgV ist o.g. Nachweis ebenfalls zu erbringen. Der Nachweis des Versicherers darf nicht älter als 12 Monate zum Schlusstermin der Bewerbungsfrist des Teilnahmeantrages sein. Der Nachweis ist als Anlage beizufügen!

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Referenzen:

Gefordert ist die Darstellung von mind. 2 Mindestreferenzen im Bereich der Objektplanung Gebäude (OPLG) gemäß § 46 (3) Nr. 1 i. V. m. § 75 (5) VgV 2016. Es kann eine Referenzbescheinigung des öffentlichen Auftraggebers vorgelegt werden. Andernfalls gelten die im übergebenen Formblatt getätigten Eintragungen als Eigenerklärung. Eine Mehrfachnennung von Referenzobjekten ist möglich.

Referenz 1 (Mindestreferenz): Mindestkriterien (bei Nichterfüllung Ausschluss): OPL für einen Umbau bzw. eine Gebäudesanierung, Sanierungsanteil mindestens 60 % bezogen auf die BGF, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben eines öffentlich genutzten Gebäudes, kein Wohnungsbau, Fertigstellung (Übergabe Nutzer) im Zeitraum nach dem 1.1.2014 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages, erbrachte Leistungsphasen mind. 2-5 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III, BGF (gesamt) mind. 3.000 qm, Bauwerkskosten (KG 300-400) mind. 4,0 Mio. Euro brutto

Referenz 2 (Mindestreferenz) zum Nachweis der Erfahrung mit der Verwendung von Fördermitteln: Mindestkriterien (bei Nichterfüllung Ausschluss): OPL für einen Neubau oder einen Umbau bzw. eine Gebäudesanierung, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben, Fertigstellung (Übergabe Nutzer) im Zeitraum nach dem 1.1.2014 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages, erbrachte Leistungsphasen mind. 2-8 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III

Referenz 3 (optionale Referenz) zum Nachweis der Erfahrung mit denkmalgeschützter Substanz: Mindestkriterien (bei Nichterfüllung keine Wertung): OPL für die Sanierung eines Gebäudes, Gebäude steht unter Denkmalschutz, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben, Fertigstellung nach dem 1.1.2014 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages (Übergabe Nutzer), erbrachte Leistungsphase mind. 2-8 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) mind. 2, 0 Mio. EUR brutto

Referenz 4 (optionale Referenz) zum Nachweis der Erfahrung mit Bauvorhaben mit unterschiedlichen Nutzungs- und Funktionsbereichen: Mindestkriterien (bei Nichterfüllung keine Wertung): OPL für den Neubau oder für eine Sanierung eines Gebäudes, Referenz beinhaltet unterschiedliche Nutzungs- und Funktionsbereiche mit unterschiedlichen Anforderungen (techn. Ausstattung, Lasten) und verschiedenen Betreibern, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben, Fertigstellung nach dem 1.1.2014 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages (Übergabe Nutzer erfolgt), erbrachte Leistungsphase mind. 2-8 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III, BGF (gesamt) mind. 2 000 qm

Referenz 5 (optionale Referenz), persönliche Referenz des vorgesehenen Projektleiters: Mindestkriterien (bei Nichterfüllung keine Wertung): OPL für eine Sanierung eines Gebäudes, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben, Fertigstellung nach dem 1.1.2014 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages (Übergabe Nutzer erfolgt), erbrachte Leistungsphase mind. 2-8 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300-400) mind. 4,0 Mio. Euro brutto

Geforderte Angaben zu den Referenzen 1-5: Objektbezeichnung und Objektbeschreibung, Auftraggeber/- in mit Bezeichnung, Ansprechpartner und Telefonnummer, Angabe zur Art des Auftraggebers (öffentlich/ nichtöffentlich), Leistungszeitraum mit Leistungsbeginn und Übergabe an den Nutzer (Monat/Jahr), erbrachte Leistungsphasen gemäß § 34 HOAI 2013, Honorarzone gemäß § 35 HOAI, Bauwerkskosten (KG 300 + 400 in Mio. EUR brutto), Darstellung einer Referenz jeweils auf max. 3 Blatt DIN A4; Zusätzlich: zu Ref. 2: Angaben zur Mitwirkung bei der Verwendung von Fördermitteln; zu Ref. 3: Angabe Denkmalschutzstatus des Gebäudes

B) Qualifikation Projektteam:

Angaben zum vorgesehenen Projektleiter OPL Gebäude: Name, berufliche Qualifikation des vorgesehenen Projektleiters, Ausbildungsnachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung gem. § 46 (3) Nr. 2 u. 6 VgV 2016.

Minimum level(s) of standards possibly required:

A) Nachweis der o.g. Mindestreferenzen 1 und 2. Das Erfüllen der genannten Mindeststandards der jeweiligen Referenz ist zwingend erforderlich. Das Nichteinreichen der Pflichtreferenz bzw. das Nichterfüllen der Mindestanforderungen der Pflichtreferenz führt zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren

Sofern eine optionale Referenz (Referenz 3-5) eingereicht wird, sind die dafür genannten Mindeststandards ebenfalls zu erfüllen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann eine optionale Referenz berücksichtigt und gewertet werden. Das Nichteinreichen oder Nichtbewerten einer optionalen Referenz führt aber nicht zum Ausschluss aus dem Verfahren;

B) vorgesehener Projektleiter: mind. Studiennachweis Fachrichtung Architektur Dipl.-Ing. oder M.ENG von einer Universität oder Fachhochschule.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

§ 75 (1) und (3) VgV 2016

Teilnahmeberechtigt sind Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Architekt“ bzw. zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als „Architekt“ tätig zu werden.

Teilnahmeberechtigt sind ferner Arbeitsgemeinschaften solcher natürlicher Personen sowie juristische Personen, sofern in deren Satzungsregelungen der Geschäftszweck auf das Erbringen von Planungsleistungen „Objektplanung Gebäude“ ausgerichtet ist und sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß der genannten Bedingungen benennen können sowie Arbeitsgemeinschaften solcher juristischer Personen.

III.2.2. Contract performance conditions

Rechtsform bei Bewerbergemeinschaften (BG): Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Abgabe einer Erklärung, dass die Mitglieder der BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der BG hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Für die Erklärung ist das vorgegebene Formblatt zu verwenden (Anlage zum Formular der Eigenerklärung). Der Nachweis muss mit Abgabe der Bewerbung erfolgen. Der AG behält sich vor, weitere Unterlagen abzufordern, welche die Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzelbewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit ausdrücklicher schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder die Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit u. Zuverlässigkeit hat.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 16/03/2020 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 09/04/2020

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/07/2020

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Die Einreichung der Teilnahmeanträge und Angebote per Post, per Telefax, per E-Mail und über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Jegliche Kommunikation (Änderung von Vergabeunterlagen, Informationsschreiben, etc.) wird über die Plattform www.evergabe.de bereitgestellt. Sobald dort neue Informationen zu einem Vergabeverfahren veröffentlicht werden, erhalten Sie als registrierter Teilnehmer von www.evergabe.de eine E-Mail-Benachrichtigung.

Anlagen z. TA d. Bieters dürfen max. 40 MB nicht überschreiten.

Achtung! Ab sofort müssen auch die Anfragen zu den Vergabeunterlagen elektronisch über das Bietercockpit gestellt werden. Deren Beantwortung erfolgt ebenfalls elektronisch.

Die Teilnahme am Bewerbungsverfahren erfolgt über das vollständig auszufüllende Formular zur Eigenerklärung, das um die in den Ziffern III.1) und III.2) dieser Bekanntmachung geforderten Angaben und Nachweise zu ergänzen und elektronisch über www.evergabe.de einzureichen ist. Das Formular zur Eigenerklärung kann unter der im Punkt I.3) dieser Bekanntmachung angegebenen Internetadresse abgerufen werden. Nicht fristgerecht elektronisch eingereichte Unterlagen werden nicht berücksichtigt.

Die Bewerber erklären förmlich mit Abgabe des TA, dass die von ihnen angegebenen Informationen genau und korrekt sind und sie sich der Konsequenzen schwerwiegender Täuschung bewusst sind. Die Bewerber erklären förmlich, dass sie in der Lage sind, die Bescheinigungen u. andere genannte dokumentarische Nachweise unverzüglich auf Anfrage beizubringen.

Kopien von Nachweisen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). Für die Ausarbeitung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen werden keine Kosten erstattet (§ 77 (1) VgV).

Der AG behält sich nach § 56 (2) bis (4) VgV vor, fehlende Nachweise und Erklärungen nachzufordern. Bewerbungen, die nicht alle geforderten Angaben, Nachweise und Referenzen enthalten, werden ausgeschlossen, sofern diese auf Anforderung nicht innerhalb einer gesetzten Frist nachgeliefert werden.

Nicht erwünscht sind allg. Werbebroschüren u. Unterlagen zur Vorstellung des Bewerbers sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt.

Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung ist auch eine Bewerbung unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft (BG) bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros haben das Ausscheiden aller Mitglieder der BG zur Folge. Hinweis: Vorlage der Verpflichtungserklärungen gem. § 47 VgV der Nachunternehmer und ggf. deren Nachunternehmern, soweit sich der Bieter, der den Zuschlag erhalten soll o. ein Mitglied einer BG, die den Zuschlag erhalten soll, auf die Fachkunde o. Leistungsfähigkeit von Nachunternehmern beruft. Sollten Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer bis zum Zeitpunkt der beabsichtigten Zuschlagserteilung nicht vorgelegt werden können, erfolgt ein nachträglicher Ausschluss wegen mangelnder Eignung. (Ausschlusskriterium).

Enthalten die Bekanntmachung od. die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber mit diesen Einwendungen präkludiert.

Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich in der 21. KW 2020 statt.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Leipzig

Postal address: Braustraße 2

Town: Leipzig

Postal code: 04107

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@ldl.sachsen.de

Telephone: +49 49341977-1040

Fax: +49 49341977-1049

Internet address: www.ldl.sachsen.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nach § 160 (3) GWB unzulässig ist, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Date of dispatch of this notice

12/02/2020